

Stand: 16.07.2024 10:52:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2537

"Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2537 vom 19.06.2024



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

### **Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über die Ergebnisse des Organisationsgutachtens, welches vom ehemaligen Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek im Februar 2022 angekündigt wurde, zu berichten. Das Gutachten soll laut Ankündigung aufzeigen, wo bei Organisation und Personalbedarf der heimaufsichtlichen Strukturen noch Nachbesserungsbedarf besteht.

#### **Begründung:**

Der ehemalige Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek hat anlässlich der Vorwürfe in der Pflegeeinrichtung in Augsburg und nach den Vorfällen in der Seniorinnen- und Seniorenresidenz Schliersee in einer Pressemitteilung am 19.02.2022 angekündigt, ein externes Organisationsgutachten in Auftrag zu geben. Das Ziel sollte sein, Verbesserungspotenziale unter Beteiligung der Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen - Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) sowie der Regierungen herauszuarbeiten. Die Ergebnisse liegen bis heute nicht vor. Hinweise zu den Ergebnissen wurden auch in Anfragen zum Plenum im März, Mai und Dezember 2023 nicht gegeben. Die Ergebnisse sollten bis Mitte des Jahres 2023 vorliegen. In der Antwort zur Anfrage zum Plenum im Dezember wurde darauf verwiesen, dass die Erkenntnisse des Gutachtens gegenwärtig fachlich bewertet und eingeordnet werden, über abzuleitende Maßnahmen solle noch entschieden werden. Zu den Ergebnissen und geplanten Maßnahmen soll die Staatsregierung im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention berichten.